



# Newsletter 03 | 2020

**KREISTAGSFRAKTION**  
LANDKREIS OSNABRÜCK

## INHALT

SPD und NGG fordern Maßnahmen bei

### **Werkverträgen**

- gegen Ausbeutung und für mehr Schutz

SPD-Kreistagsfraktion setzt sich beim

### **Tagespflegegeld**

durch

Schutz vor Corona:

### **Reihentestung**

in Alten- und Pflegeheimen

Der Niedersächsische Weg

Für einen stärkeren Natur-, Arten- und

### **Gewässerschutz**

Forderung nach echten naturnahen

### **Gewässerrandstreifen**



und  
NGG fordern

# Maßnahmen bei Werkverträgen:



gegen  
und für

## Ausbeutung mehr Schutz

Der Ausbruch von Corona-Infektionen unter den Werkvertragsbeschäftigten beispielsweise von Westcrown in Dissen und aktuell bei Tönnies im Kreis Gütersloh legt die miserablen Arbeitsbedingungen und menschenunwürdigen Wohnverhältnisse offen. Von geringen Löhnen, arbeiten bis zum Umfallen, Abhängigkeiten und sogar von Misshandlungen der Beschäftigten berichtet der Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung, Genuss und Gaststätten (NGG) für die Region Osnabrück, Uwe Hildebrand, aktuell auf einer Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion. „Die an moderne Sklaverei grenzenden Verhältnisse sind leider keine Seltenheit“, so Hildebrand. Es sei zu befürchten, dass das Ausmaß der Missstände im Landkreis Osnabrück noch zunehmen, denn eine Unternehmensgruppe der Firma Tönnies plant derzeit einen großen Rinder-Schlachthof im Nordkreis. Von Cristina Wedeking, Mitarbeiterin des Vereins Arbeit und Leben, erfuhren die SPD-Kreistagsabgeordneten aus erster Hand, wie sie versucht Kontakt zu den betroffenen Beschäftigten aufzunehmen und diese über ihre Rechte zu informieren. Allerdings sei der Beratungsbedarf enorm und die Kontaktaufnahme kompliziert, da die zumeist aus Osteuropa stammenden Beschäftigten Repressalien und Entlassungen befürchten müssen. Obwohl die schlechten Unterkünfte von Werkvertragsarbeitern erst durch die Corona-Krise aktuell in den Fokus geraten sind, hat die SPD im Landkreis bereits seit langem auf die Missstände in den Schlacht- und Zerlegebetrieben hingewiesen. So hat die SPD-Kreistagsfraktion im vergangenen Jahr mit dafür gesorgt, dass zusätzliche Mitarbeiter eingestellt worden sind, um Sammelunterkünfte auf Mängel zu überprüfen oder um Hinweisen nachzugehen, ob Gemeinschaftsunterkünfte auch als diese genehmigt worden seien. „Doch diese Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus“, ist Werner Lager, SPD-Kreisvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion überzeugt. „Wir brauchen das strikte Verbot von Werkverträgen.“ Darüber hinaus kann das von der roten/grünen Landesregierung vorbereitete Wohnraumschutzgesetz einen bestimmten Mindeststandard gewährleisten und den schwarzen Schafen unter den Vermietern würden hohe Bußgelder drohen. „Würden die Beschäftigten besser über ihre Rechte aufgeklärt, wäre es für die Arbeitgeber schwieriger, sie auszunutzen.“ Daher schlägt Werner Lager vor, die Beratungsstellen, von denen es nur zwei für die Region gibt, aufzustocken. Sowohl die anwesenden SPD-Mitglieder als auch die Gäste waren sich darin einig, dass zum Schutz von Werkvertragsbeschäftigten weitere Maßnahmen überfällig sind, um faire Arbeitsbedingungen, faire Löhne und angemessene Wohnverhältnisse zu gewährleisten.

# SPD-Kreistagsfraktion setzt sich beim Tagespflegegeld durch

## Keine Rückzahlungsverpflichtung für Tagesmütter und -väter



Bereits am 21. April hat sich die SPD/UWG-Gruppe gegen eine Rückzahlungsverpflichtung des Tagespflegegeldes öffentlich ausgesprochen. Nun konnte sich auch die CDU im Kreistag zu diesem Vorschlag durchringen. In der Kreistagsitzung am 18. Mai gab es dazu einen entsprechenden Beschluss. „Wir sind froh über diese Einsicht und freuen uns für die Tageseltern, die nicht mehr befürchten müssen, im August einen Rückzahlungsbescheid vom Landkreis zu erhalten“, zeigt sich Thomas Rehme, Vorsitzender der SPD/UWG-Gruppe erleichtert.

# Schutz vor Corona: Reihentestung in Senioren- und Pflegeheimen



Die Diskussion um die Notwendigkeit einer Testreihe in Einrichtungen der Alten- und Eingliederungshilfe wurde durch einen gemeinsamen Antrag der SPD/UWG-Gruppe und der FDP/CDW-Gruppe bereits Anfang Mai angestoßen. „Wir freuen uns, dass wir den gesamten Kreistag aufgrund unserer Initiative dazu bewegen konnten, ein noch stärkeres Augenmerk auf die stark vom Corona-Virus betroffenen Einrichtungen zu legen“, zeigt sich Thomas Rehme, Vorsitzender der SPD/UWG-Gruppe über das einstimmige Votum aller Kreistagsmitglieder erleichtert. Wie der Antrag der beiden Gruppen vorsieht, startet der Landkreis nun damit in einem ersten Schritt Testungen an Beschäftigten in Einrichtungen durchzuführen, die keine Symptome zeigen. Mit 3.500 Abstrichen wolle man beginnen. Die Kosten belaufen sich dabei auf rund 210.000 Euro, die der Landkreis Osnabrück erst einmal aus dem beschlossenen Verfügungsrahmen „Corona-Management“ finanzieren wird. Allerdings hoffe man auf eine Rückerstattung durch den Bund. Das entsprechende Gesetz sei Mitte Juni zu erwarten. Aufgrund der verstärkten Ausbreitung des Corona-Virus in Senioren- und Pflegeheimen sei ein derartig „strategisches Testen“ dringend nötig, erläutert Rehme weiter, um Aufschluss darüber zu geben, ob und wie viele Personen infiziert sind, auch wenn diese noch keine Symptome zeigten. Damit werden in erster Linie ältere Menschen und andere Risikogruppen vor dem Virus geschützt.



## *Für einen stärkeren Natur-, Arten- und Gewässerschutz*

Der Niedersächsische Weg, als eine bundesweit einmalige Vereinbarung für Natur-, Arten- und Gewässerschutz, wurde von der Landesregierung, dem Landvolk, der Landwirtschaftskammer sowie von den Naturschutzverbänden NABU und BUND gemeinsam erarbeitet und unterzeichnet. Darin verpflichten sich alle Beteiligten zu großen Anstrengungen bei Natur- und Artenschutz, bei Biodiversität und beim Umgang mit der Ressource Landschaft. Seitens der Niedersächsischen Landesregierung beinhaltet die gemeinsame Vereinbarung feste Zusagen über Änderungen mehrerer Landesgesetze sowie finanziellen Ausgleich für die Landwirtschaft.

„Den akuten Handlungsbedarf im Bereich Umweltschutz können wir nur gerecht werden, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen. Hierfür ist der gemeinsame Niedersächsische Weg eine gute Grundlage“, ist Guido Pott, Landtags- und Kreistagsabgeordneter und Mitglied im Umweltausschuss des Niedersächsischen Landtages und im Umweltausschuss des Landkreises Osnabrück überzeugt. Natürlich seien hiermit nicht alle Interessenkonflikte gelöst. Bei der Umsetzung des „Niedersächsischen Weges“ werde es deshalb darauf ankommen sich immer wieder auf die gemeinsame Vereinbarung und das gemeinsame Ziel des Umweltschutzes zurück zu besinnen. Hierzu werde auch das vereinbarte Monitoring und die regelmäßige Erfolgskontrolle ihren Teil beitragen.



# Forderung nach echten, naturnahen Gewässerrandstreifen



Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, Jürgen Lindemann, begrüßt das aktuell vereinbarte Maßnahmenpaket für den Natur-, Arten- und Gewässerschutz. „Der sogenannte Niedersächsische Weg ist endlich einmal ein großer Schritt in die richtige Richtung, um die Biodiversität und die Artenvielfalt zu verbessern und weiteren Raubbau an der Natur zu verhindern.“

„Die Vereinbarung, die von der Nds. Landesregierung und verschiedenen Akteuren der Landwirtschaft und des Naturschutzes unterzeichnet wurde, stützt unsere Forderung, echte und naturnahe Gewässerrandstreifen zu entwickeln, die wir zusammen mit der UWG mehrfach im Kreistag erhoben haben,“ betont Thomas Rehme, Vorsitzender der SPD/UWG-Gruppe im Kreistag. Dazu gehören neben dem Ausbringungsverbot von Pflanzenbehandlungsmitteln auch das Verbot, in dem Gewässerrandstreifen Düngestoffe jeglicher Art auszubringen. „Nur so können wir einen intakten Biotopverbund über unsere zahlreichen Gewässer im Landkreis sicherstellen und dem Insektensterben entgegenwirken“, so die SPD-Kreistagsabgeordneten.

## IMPRESSUM

SPD-  
Kreistagsfraktion  
Am Schölerberg 1

[www.lkos-spdfraktion.de](http://www.lkos-spdfraktion.de)  
[info@lkos-spdfraktion.de](mailto:info@lkos-spdfraktion.de)

